

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Christopher Vogt, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 241/2017
Kiel, Freitag, 22. September 2017

Schulen/Prävention

Anita Klahn: Schulen bei Krisenbewältigung und Prävention stärken

In ihrer Rede zu TOP 29 (Schulen an prekären Standorten bedarfsgerecht fördern) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Seit Jahren bürdet die Politik unseren Schulen und Lehrkräften zunehmend Erziehungs- und Sozialisationsaufgaben auf, anstatt Rahmenbedingungen zu schaffen, dass sich Lehrkräfte auf ihre eigentliche Aufgabe, die Wissensvermittlung, konzentrieren können.“

Wir diskutieren diese Problematik seit langer Zeit. Inklusion mit ihrer Vielfalt erfordert besonderes Detailwissen und stellt für die Regelschullehrkräfte eine besondere Herausforderung dar. Auch die Integration von Flüchtlingskindern ist keine leichte Aufgabe. Dazu ist uns allen aus Gesprächen mit Eltern, Lehrern und Schülern bekannt, dass die Zahl der Kinder mit sozialen Verhaltensauffälligkeiten und Lernschwierigkeiten leider zunimmt.

Ich erinnere daran, dass wir Anfang des Jahres sehr intensiv im Bildungsausschuss die Gewalteskalation an einer Schule in Neumünster diskutierten. Wir mussten leider damals feststellen, dass es bereits bei der Meldung von Gewalttaten und Delikten erhebliche Probleme gibt. Auch weitere Deliktfelder wie Drogenmissbrauch und Mobbing ziehen sich durch alle Schularten. Und es betrifft alle gesellschaftlichen Schichten.

An dieser Stelle hilft nur eine Nulltoleranzpolitik und konsequentes Handeln der Schulen. Das bedeutet auch, dass die Präventionsarbeit an den Schulen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Jugendämtern, der Polizei sowie den Justizbehörden besser werden muss. Erkennbar ist aber leider ein Fokus im Bereich der Gemeinschaftsschulen einerseits und den Berufsbildenden Schulen andererseits.

Um dieses Problem zu lösen, gibt es keinen Königsweg und auch kein Allheilmittel. Stattdessen müssen wir an verschiedenen Stellschrauben drehen. Ob wir es Sozialfaktor, Sozialindex oder Bildungsbonus nennen – im Kern geht es darum, das gleiche Problem zu lösen.

Ein wichtiges Instrument ist dabei die Verbesserung der Schulsozialarbeit. Eine schwarz-gelbe Koalition hat erstmalig 2010 die Schulsozialarbeit landesseitig gefördert.

Schulsozialarbeit hat eine wichtige Funktion im Bereich von Krisenbewältigung und Prävention und es ist nur richtig und konsequent, dass das Land die Kommunen in diesem wichtigen Bereich unterstützt. Das wäre im Übrigen eindeutig auch ein Feld, auf dem das Land von der angestrebten Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern profitieren könnte. Außerdem könnte die Schulsozialarbeit sehr gut auch aus dem Europäischen Sozialfonds Unterstützung erfahren.

Die Koalition schlägt vor, ein umfassendes wissenschaftliches Konzept zu erarbeiten, wie Schulen mit besonderen Herausforderungen unterstützt werden können. Die Schulsozialarbeit spielt dabei eine entscheidende Rolle. Die Koalition hat sich aber richtigerweise vorgenommen, die vorhandenen Unterstützungssysteme auf ihre Wirksamkeit zu prüfen und neu zu ordnen. Hier brauchen wir bessere Qualitätsstandards und neue Ansatzpunkte.

Für uns Liberale gehört die Stärkung der Förderzentren, die wir als starke eigenständige Schulform brauchen, dazu. Auch wäre zu prüfen, wie und ob wir Schulen durch Poolstunden weiter stärken können. Auch das hat sich die Koalition vorgenommen.

Und ja, natürlich müssen wir uns auch darüber unterhalten, ob Schulen durch gesonderte Personalzuweisungen gestärkt werden können. Das ist keine einfache Entscheidung, da wir immer noch keine 100-prozentige Unterrichtsversorgung haben und weil es schwierig ist einer Schule etwas wegzunehmen, um einer anderen Schule etwas zu geben.

Denn in einer Zeit, in der Mittel endlich sind, müssen die vorhandenen Mittel zielgenau eingesetzt werden. Sinnvoll ist es dabei, bereits im Grundschulbereich anzusetzen, um die Schüler von Anfang an zu unterstützen.

Noch ein Wort an die bildungspolitischen Verantwortlichen der SPD: Der Verein ‚Schulen am Wind‘ hat sich zu einer Zeit gegründet, als viele noch sicher waren, dass die Bildungspolitik der Küstenkoalition fortgesetzt werden würde.

Gemeinschaftsschulleiter als Landesbeamte trauen sich nicht, wahre Worte der Kritik am Bildungsministerium zu äußern und suchen den Ausweg über den Verein, um endlich auf die Fehler des Gemeinschaftsschulwesens aufmerksam machen zu können. Das, liebe SPD, ist doch eigentlich eine ‚glatte Sechse‘ für ihre Bildungspolitik.“